

Ein Öldiplomat soll Trumps Außenpolitik lenken

Rex Tillerson, der Chef des Ölmultis ExxonMobil, hat sich zum plötzlichen Favoriten für das Außenministeramt der USA gemausert. Er gilt als geschickter Verhandler mit besten Drähten zur russischen Regierung.

Frank Herrmann aus Washington

Rex Tillerson kennt sich aus mit Russland. Seit fast zwanzig Jahren fädelte der Vorstandsvorsitzende des Ölgiganten ExxonMobil dort Geschäfte ein. Zu seinem Freundeskreis zählt Igor Setschin, der Chef des Erdölkonzerns Rosneft, ein enger Vertrauter Wladimir Putins. Das geht so weit, dass Setschin einmal von der Vorstellung schwärzte, gemeinsam mit Tillerson auf einer Harley-Davidson über amerikanische Highways zu rollen. 2013 bekam der breitschultrige Texaner von der Russischen Föderation den „Orden der Freundschaft“ verliehen, nachdem er mit Moskau ein Abkommen zur Förderung von Öl in der Arktis ausgehandelt hatte.

Man kenne kaum einen Amerikaner, der bessere Drähte zu Putin habe als Tillerson, zitiert das *Wall Street Journal* Geschäftspartner des bulligen Mannes aus Wichita Falls, der im Übrigen ein glühender Fan der Pfadfinder ist.

Trumps „Weltklassespieler“

Mit seiner Berufsbiografie stünde der 64-Jährige geradezu exemplarisch für den Schwenk, den Donald Trump im Wahlkampf so oft beschworen hat. Der designierte US-Präsident, der keinen Hehl daraus macht, wie sehr er Putin als starken Machthaber bewundert, will das Verhältnis zum Kreml rapide verbessern. Ein Außenminister namens Tillerson würde perfekt dazu passen, und schon deshalb scheint alles auf ihn zuzulau-

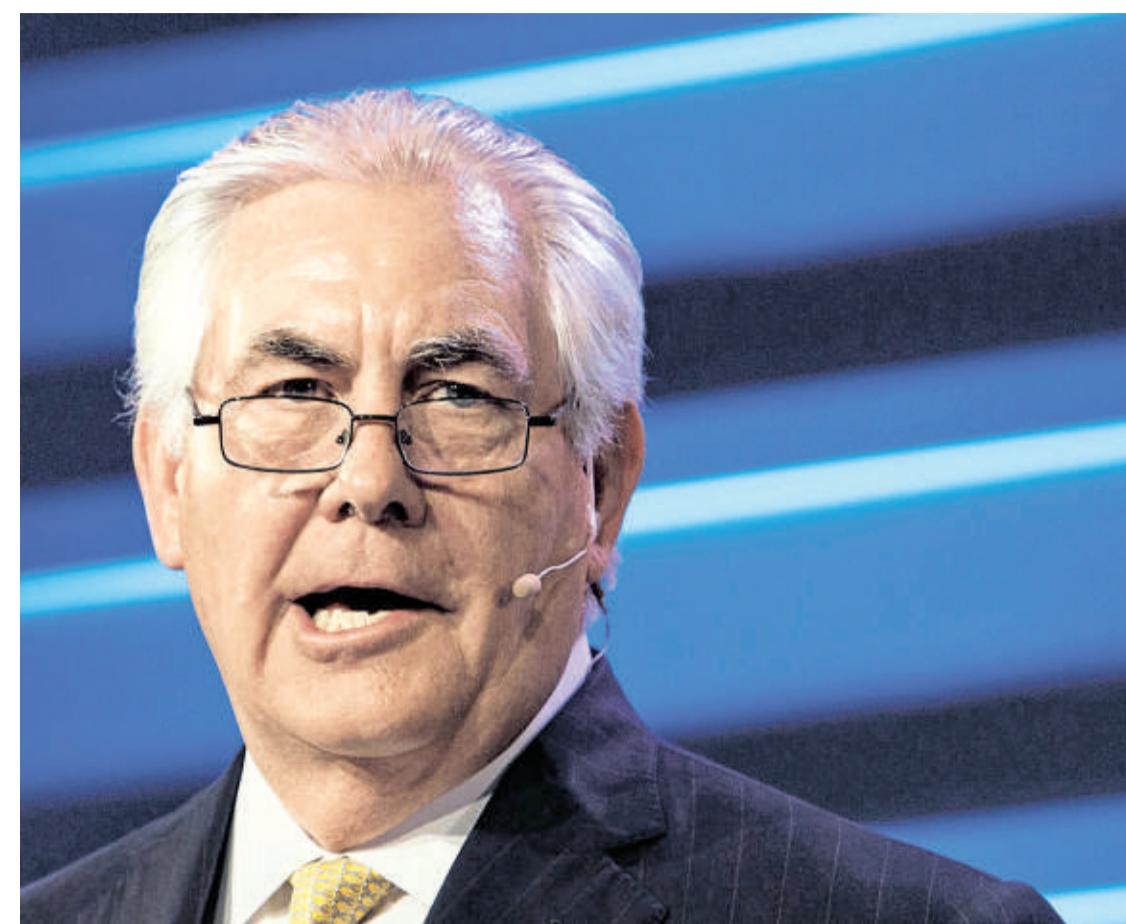
fen, nachdem Trump eine ganze Galerie von Kandidaten in seinen New Yorker Hochhausturm bestellte, in dem er bis zum Umzug ins Weiße Haus residiert.

Der Milliardär lobte Tillerson jedenfalls in so hohen Tönen, dass die meisten Beobachter jede andere Entscheidung für eine riesige Überraschung hielten. Der Exxon-Chef sei ein „Weltklassespieler“, schrieb der designierte Präsident neulich in einem Tweet.

Kritiker des 64-Jährigen stellen indes, ähnlich wie im Falle Trumps, die Frage nach potenziellen Interessenkonflikten. Ob der Texaner nicht schon deshalb zu forschen auf ein Ende der Russland-Sanktionen drängen würde, weil er viel Geld und Mühe investierte, um im arktischen Küstenschelf die Weichen für Ölabbau zu stellen? Als der Westen die Annexion der Krim mit Sanktionen gegen Russland beantwortete, musste Tillerson seine Pläne zurück in die Schublade legen. ExxonMobil beugte sich dem politischen Druck, doch zugleich machte der Konzernchef deutlich, was er von den Strafmaßnahmen hielt, nämlich wenig bis nichts. „Wir ermuntern die Leute, die solche Entscheidungen treffen, immer auch den Kollateralschaden zu bedenken – wen sie wirklich treffen mit solchen Sanktionen“, sagte er auf einem Aktionärtreffen.

Tillersons Nähe zum Kreml, sie kann sich allerdings auch als seine Achillesferse entpuppen. Im US-Senat, ohne dessen Segen kein amerikanischer Chefdiplomat sein Amt antreten kann, fehlt es nicht an skeptischen Wortmeldungen, die ein haariges Bestätigungsverfahren erwarten lassen. „Ein Freund Wladimirs zu sein ist nicht das Attribut, auf das ich hoffe“, meint Marco Rubio, vor zwölf Monaten zu früh als neuer Superstar der Konservativen gehandelt.

Der Demokrat Ben Cardin merkt spitz an, man wolle sichergehen, dass der nächste amerikanische Außenminister tatsächlich amerikanische Interessen vertritt. Um-



Exxon-Chef Rex Tillerson gilt als Favorit Donald Trumps für den Posten des US-Außenministers.

Foto: Reuters / Daniel Kramer

weltverbände wiederum sehen ein falsches Signal, wenn ausgerechnet der Chef eines Ölmultis in die Spitzenetage des State Department einzieht. Der scheidende Außenminister John Kerry, ein bekannter Umweltschützer, verglich Exxons Haltung zum Klimawandel einmal mit den Täuschungsmanövern der Tabakindustrie, die jahrelang abstritt, dass Rauchen die Gesundheit gefährdet.

Dabei hat sich gerade Tillerson an einem diplomatischen Spagat versucht, um nicht als Dinosaurier der Klimadebatte zu gelten. Als er 2006 das Unternehmensruder übernahm, korrigierte er die plumpen Strategie seines Vorgängers, der von einer vom Menschen verursachten globalen Erwärmung nichts wissen wollte. Der Pragmatiker aus Wichita Falls bevorzugt die feinere Klinge, etwa, indem er das Pariser Klimaabkommen befürwortet.

Rund um den Globus hat er Deals eingefädelt, in einer Branche, in der man oft nur dann Erfolg hat, wenn man sich mit schwierigen politischen Verhältnissen zu arrangieren versteht. In der kurzen Phase nach dem Irak-

krieg, als der libysche Diktator Muammar al-Gaddafi auf den Westen zuging, bevor er letztlich gestürzt wurde, gehörte er zu den Initiatoren der Annäherung.

Im Februar 2007 flog er in das nordafrikanische Land, um Gada

dafi in dessen Zelt zu treffen. Neun Monate später war es bereits fix, dass Exxon in den Küstengewässern Libyens nach Öl bohren durfte.

Trump und die IT-Konzerne Seite 22
Kommentar der anderen Seite 27

Doppelpass als Wahlkampfhit

Unions-Politiker wollen mit Abschaffung punkten

Birgit Baumann aus Berlin

Zuerst war es nur ein Parteitagsbeschluss. Nicht besonders erfreulich, aber doch irgendwie zu managen. So zumindest konnte die deutsche Kanzlerin Angela Merkel in der Vorwoche noch denken, als eine Mehrheit am CDU-Parteitag überraschend beschloss, den Doppelpass für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern abzuschaffen und wieder die Optionspflicht für eine Staatsbürgerschaft einzuführen.

Merkel erklärte umgehend, sie sei erstens nicht für diesen Beschluss, und zweitens sei dieser in

der großen Koalition mit der SPD ohnehin nicht umzusetzen. Damit war die Debatte für sie eigentlich erledigt. In der Union allerdings sehen es viele ganz anders. Sie wollen die Debatte nicht nur weiterführen, sondern die Abschaffung des Doppelpasses gleich zu einem zentralen Thema im Bundestagswahlkampf 2017 machen.

So erklärt Bundesvorstandsmitglied Stefan Heck, der auch im Bundestag sitzt: „Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Forderung an zentraler Stelle im Wahlprogramm 2017 auftaucht.“

Zustimmung aus der CSU

Für den schleswig-holsteinischen CDU-Chef Daniel Günther ist klar: „Wer dauerhaft bei uns leben und sich in unsere Gesellschaft integrieren will, der sollte sich auch für unsere Staatsbürgerschaft entscheiden.“ Zustimmung kommt aus der Schwestervereinigung CSU. „Das Thema wird den Wahlkampf bestimmen und wird ein wichtiges Kriterium für eine Regierungsbeteiligung der Union werden“, sagt der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Stephan Mayer (CSU).

Bis zum Jahr 2000 galt: Deutscher ist, wer einen deutschen Elternteil hat. Für eine Einbürgerung musste man mindestens 15 Jahre in der Bundesrepublik gelebt haben. Dann änderte die rot-grüne Regierung das Gesetz. Kinder ausländischer Eltern, die in Deutschland geboren wurden, bekamen zunächst zwei Staatsbürgerschaften – die der Eltern und die deutsche. Spätestens am 23. Geburtstag mussten sie sich dann aber für einen Pass entscheiden.

Diese „Optionspflicht“ schaffte die große Koalition 2014 ab. Seitdem können jene zwei Pässe behalten, die bis zum 21. Geburtstag mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt haben oder sechs Jahre dort zur Schule gegangen sind. In Deutschland leben rund 4,3 Millionen „Doppelstaatler“, die meisten davon haben auch noch den polnischen, russischen oder türkischen Pass. Kommentar Seite 28

„US-Präsident Trump könnte eine Chance sein“

António Guterres, am Montag als UN-Generalsekretär angelobt, hat alle Voraussetzungen für dieses Amt, sagt der Politologe Johannes Varwick. Er sieht die Zeit der Konsenspolitik zwischen den Großmächten gekommen.

INTERVIEW: Manuela Honsig-Erlenburg

STANDARD: In welchem Zustand übernimmt Guterres die Uno?

Varwick: Die Vereinten Nationen haben sich in den Jahren redlich bemüht. Das ist aber schon das Beste, das man sagen kann. Zur Lösung der realen Probleme haben sie kaum beigetragen, obwohl es Erfolge wie das Klimaabkommen oder UN-Nachhaltigkeitsziele gab. Überlagert wurden diese Erfolge aber durch das Scheitern in den Regionalkonflikten – allen voran der Konflikt in Syrien, der in den gesamten Nahen Osten ausstrahlt. Das Image der Uno ist dadurch ziemlich lädiert.

STANDARD: Welchen Führungsstil erwarten Sie, und wo wird Guterres seine Schwerpunkte setzen?

Varwick: Man hat schon bei der Vorstellung in der Generalversammlung gesehen, dass er sehr gut weiß, welche Handlungsmöglichkeiten die Vereinten Nationen

haben. Die Uno kann nicht gegen den Willen der wichtigen Staaten agieren, man kann nur immer versuchen, bei einer Reihe von internationalen Problemen einen Konsens zu bilden. Das wird auch sein Arbeitsstil sein. Er hat sich in dieser Hinsicht sehr geschickt positioniert und davon gesprochen, dass man die Werte der UN-Charter wieder ernster nehmen muss. Er sprach dabei kein konkretes Land an – weder Russland noch China noch die USA.

STANDARD: Was kann man von Guterres bei der UN-Reform erwarten?

Varwick: Er hat in seinem Vorstellungssstatement schon gesagt, dass die Reform der Vereinten Nationen eine Daueraufgabe ist. Eine Daueraufgabe kann man nicht lösen. Es muss ein anständiges Klima geben, um pragmatisch dort zu handeln, wo es einen Grundkonsens gibt. Einen großen Knall bei

der Reform oder die Reform des Sicherheitsrates wird es auch unter ihm nicht geben.

STANDARD: Wie ist die Stimmung? Varwick: Möglicherweise ist jetzt die Stunde der Zusammenarbeit der Großmächte gekommen. Guterres kann der Anwalt dieser Kooperation sein, weil er sowohl mit Russland als auch mit China und den USA gut kann. Die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten birgt viele Risiken, aber sie könnte auch eine Chance sein, Russland wieder näherzukommen. Gibt es diesen Großmächtekonsens, dann haben Regionalkonflikte wie in Syrien, Jemen oder dem Sudan bessere Lösungschancen. In der internationalen Politik geht nun mal nichts gegen den Willen der Großmächte. Und wir haben gesehen, dass die Einmischung gegen den Willen der Staaten in innere Angelegenheiten in vielen Fällen nichts gebracht hat.

STANDARD: Ein großes globales Thema ist die Flüchtlingsproblematik.

Varwick: Guterres wird natürlich seine Erfahrung als Uno-Hochkommissar für Flüchtlinge einbringen. Das Thema Flucht und Migration ist ein zentrales Thema für ihn.

STANDARD: Eine der schwierigeren Aufgaben des Generalsekretärs wird es auch sein, die UN-Nachhaltigkeitsziele durchzusetzen.

Varwick: Ich denke, dass auch dieses Thema ein Schwerpunkt der Arbeit von Guterres bleiben wird. Schließlich sind nachhaltige Entwicklung und der Abbau der massiven Ungleichgewichte in der Welt auch wichtige Voraussetzungen für die Bekämpfung der Fluchtursachen. Wenn die vielen Beschlüsse – wie etwa die Nachhaltigkeitsziele – die in der Amtszeit von Ban Ki-moon gemacht wurden, jetzt umgesetzt werden, dann wäre schon viel gewonnen.

JOHANNES VARWICK (48) ist Professor für Internationale Beziehungen und europäische Politik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.



Johannes Varwick sieht für Guterres gute Bedingungen.
Foto: privat/Tamme